

2784/J XX.GP

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Vollziehung des Bundesgesetzes über das Verbot von Anti-Personen-Minen und
der damit in Zusammenhang stehenden Entschließung des Nationalrates

Da mit dem Bundesgesetz über das Verbot von Anti-Personen-Minen (13GBI. 13/1997) einem
wichtigen humanitären Anliegen Rechnung getragen und ein Vorbild für Regelungen in anderen
Ländern geschaffen wurde, ist die Vollziehung dieses Gesetzes und der damit verbundenen
Entschließung des Nationalrates vom 13.Dezember 1996 von allgemeinem öffentlichen Interesse. In
dieser Entschließung wird der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten aufgefordert, auf
die österreichische Industrie dahingehend einzuwirken, daß seitens der Industrie keine über die
Verbote des Bundesgesetzes über Anti-Personen-Minen hinausgehende Maßnahmen ergriffen
werden, die einen Umbau von Richtsplinterladungen in Anti-Personen-Minen zulassen. Die
unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

In welcher Form und mit welchem Datum ist der Herr Bundesminister dem
Entschließungsantrag des Nationalrates nachgekommen?

2. Ist das entsprechende Schreiben direkt jenen Firmen zugegangen, die in der Vergangenheit in
Frage kommende Sprengstoffe und Waffensysteme erzeugt haben?

3. Hat es Rückäußerungen der Industrie bzw. einzelner Firmen zu der ihnen übermittelten
Aufforderung gegeben und welche Mitteilungen wurden darin gemacht?

4. Haben Sie im Zusammenhang mit den Berichten über weiter am Markt befindliche
APM mit der Bezeichnung DFC-19 und DFC-29 der Dynamit Nobel Graz Erhebungen
vorgenommen? Wurden etwaige Wahrnehmungen an die Justizbehörden
weitergegeben?